



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 7. Dezember 2011 (10.01)

18340/11

PUBLIC 113

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
OKTOBER 2011

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im Oktober 2011 angenommenen Rechtsakte^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu/> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Gesetzgebungsakte (zugänglich auf der Website <http://consilium.europa.eu/>, Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Ratsprotokolle).

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM OKTOBER 2011 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

3114. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 3. Oktober 2011 in Luxemburg

Beschluss des Rates zur Festlegung des von der Europäischen Union im Ministerrat der Energiegemeinschaft zu vertretenden Standpunkts
Dok. 14113/11

Beschluss des Rates über die Genehmigung des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Südpazifik im Namen der Europäischen Union
Dok. 8135/11 + REV 1 (lv)

Beschluss des Rates über den Abschluss eines Protokolls über die Ausdehnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra auf zollrechtliche Sicherheitsmaßnahmen
Dok. 17403/10 + COR 1 + COR 2 (it)

Festlegung der Position der Europäischen Union im Hinblick auf die fünfte Tagung des Assoziationsrates EU-Chile
Dok. 14566/11 + COR 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 990/2011 des Rates vom 3. Oktober 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009
ABl. L 261 vom 6.10.2011, S. 2-18

Schlussfolgerungen des Rates "Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik"
Dok. 14061/1/11 REV 1 + COR 1 + REV 2 (lv) + REV 3 (sl)

Schlussfolgerungen "Bewältigung der demografischen Herausforderungen: Die institutionelle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben - Karriere und Familie miteinander in Einklang bringen"
Dok. 14064/11 + COR 1 (cs) + COR 2 (de) + REV 1(it)

3115. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom 4. Oktober 2011 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zu fiskalpolitischen Ausstiegsstrategien
Dok. 14849/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung
Dok. 14536/11

3116. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 6. Oktober 2011 in Luxemburg

Standpunkt der Europäischen Union für die 15. Tagung des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland (Justiz und Inneres) am 10./11. Oktober 2011 in Warschau und gemeinsame Maßnahmen im Hinblick auf visumfreie Kurzaufenthalte der russischen Bürger und der Bürger der Europäischen Union

Dok. 15057/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament "Die EU und ihre Nachbarregionen: Ein neues Konzept für die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich"

Dok. 14712/11

3117. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 10. Oktober 2011 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates "Wichtigste Ziele und Prioritäten der Europäischen Union für die 13. Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD XIII, Doha, Katar, 21. bis 26. April 2012)

Dok. 15326/11

Standpunkt der Europäischen Union für die zwölfte Tagung des Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau (Chisinau, 18. Oktober 2011)

Dok. 15010/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Bosnien und Herzegowina

Dok. 15294/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien

Dok. 14991/1/11 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zu Libyen

Dok. 14994/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen

Dok. 14989/11

Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess

Dok. 15016/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Iran

Dok. 14995/11

3118. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 10. Oktober 2011 in Luxemburg

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (Text von Bedeutung für den EWR) (erste Lesung)

Dok. PE-CONS 34/11 + REV (sk)

Beschluss Nr. 1104/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Regelung des Zugangs zum öffentlichen regulierten Dienst, der von dem weltweiten Satellitennavigationssystem bereitgestellt wird, das durch das Programm Galileo eingerichtet wurde
ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 1-8

Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64-88

Verordnung (EU) Nr. 1168/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 1-17

2011/679/: Beschluss des Rates vom 10. Oktober 2011 über den Abschluss des zwischen der Europäischen Union und der Republik Kap Verde vereinbarten Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen den beiden Vertragsparteien

ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 17-17

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1008/2011 des Rates vom 10. Oktober 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon mit Ursprung in der Volksrepublik China, ausgedehnt auf aus Thailand versandte Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon, ob als Ursprungserzeugnis Thailands angemeldet oder nicht, im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009

ABl. L 268 vom 13.10.2011, S. 1-11

Schlussfolgerungen des Rates "Vorbereitungen für die 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 17) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 7. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 7) (28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban, Südafrika)"

Dok. 15353/11

Schlussfolgerungen des Rates "Bewertung des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft und Zukunftsperspektiven: Der Weg zu einem 7. Umweltaktionsprogramm"

Dok. 15384/11

Schlussfolgerungen des Rates "Rio+20: Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Ökologisierung der Wirtschaft und eine bessere Politikgestaltung"

Dok. 15388/11

Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts, der zur Auslegung von Artikel 17 Absatz 5 des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung von der Europäischen Union auf der 10. Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens (COP 10) zu vertreten ist

Dok. 14223/1/11 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates "Vorbereitung der zehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Cartagena de Indias (Kolumbien), 17. bis 21. Oktober 2011)"

Dok. 15393/11

3119. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 11. Oktober 2011 in Luxemburg

Durchführungsbeschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/344/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal

ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 32-32

Durchführungsbeschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Irland

ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 31-31

2011/714/: Beschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen

Rechnungsprüfer der Banco de Portugal

ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 23-23

Beschluss des Rates zur Annahme der allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Anhang VIII Artikel 11 und 12 des Statuts betreffend die Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen

12856/1/11 REV 1 + REV 2 (mt)

Schriftliches Verfahren vom 11. Oktober 2011

Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Sultanat Oman über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Sultanat Oman über den Überflug und die Stationierung von Seefernaufklärern der EUNAVFOR

Dok. 15064/1/11 REV 1

Schriftliches Verfahren vom 13. Oktober 2011

2011/735/GASP: Beschluss 2011/735/GASP des Rates vom 14. November 2011 zur Änderung des Beschlusses 2011/273/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien
ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 53-54

Verordnung (EU) Nr. 1011/2011 des Rates vom 13. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 442/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien
ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 18-20

Schriftliches Verfahren vom 14. Oktober 2011

Beschluss 2011/752/GASP des Rates vom 24. November 2011 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO
ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 10-10

Schriftliches Verfahren vom 17. Oktober 2011

2011/691/GASP: Beschluss 2011/691/GASP des Rates vom 17. Oktober 2011 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo
ABl. L 271 vom 18.10.2011, S. 48-48

3120. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20./21. Oktober 2011 in Luxemburg

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates hinsichtlich der Regeln für die Anwendung der fakultativen Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
Dok. PE-CONS 36/11

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 429/73 des Rates mit besonderen Bestimmungen für die Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten unter die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 fallenden Waren mit Ursprung in der Türkei
Dok. PE-CONS 32/11

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik
Dok. PE-CONS 33/11

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik
Dok. PE-CONS 35/11

Standpunkt (EU) Nr. 13/2011 des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates betreffend die Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer (vom Rat am 20. Oktober 2011 festgelegt)

ABl. C 345E vom 25.11.2011, S. 1-21

Verordnung (EU) Nr. 1071/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3448/80 über die Durchführung von Artikel 43 der Beitrittsakte von 1979 in Bezug auf die Handelsregelung für Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 3033/80 und (EWG) Nr. 3035/80

ABl. L 284 vom 31.10.2011, S. 1-2

2011/710/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung NAT-I-9406 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union

ABl. L 283 vom 29.10.2011, S. 26-26

2011/709/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten

ABl. L 283 vom 29.10.2011, S. 25-25

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über die Erneuerung des Protokolls zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit Guinea-Bissau aufzunehmen

Dok. 14211/1/11 REV 1

Verordnung (EU) Nr. 1106/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 57/2011 und (EG) Nr. 754/2009 in Bezug auf den Schutz der Art Heringshai, bestimmte TAC und bestimmte, für Deutschland und Irland geltende Beschränkungen des Fischereiaufwands

ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 13-16

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, mit der Französischen Republik, die im Namen ihres Hoheitsgebiets Saint-Barthélemy handelt, eine Übereinkunft über die Anwendung der Rechtsvorschriften der Union über die Besteuerung von Zinserträgen und die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung in Bezug auf dieses Hoheitsgebiet auszuhandeln

Dok. 14971/11

2011/738/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

ABl. L 297 vom 16.11.2011, S. 1-2

2011/739/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zur Änderung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
ABl. L 297 vom 16.11.2011, S. 48-48

Verordnung (EU) Nr. 1048/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1763/2004 über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)
ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 1-1

Durchführungsbeschluss 2011/698/GASP des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan
ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 47-49

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1049/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan
ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 2-4

Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits
Dok. 7770/11 + COR 1 (sv) + REV 1 (sl)

Schriftliches Verfahren vom 21. Oktober 2011

Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2011/430/GASP des Rates zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden
Dok. 15658/11

3121. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 27./28. Oktober 2011 in Luxemburg

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck
Dok. PE-CONS 38/1/11 REV 1

Verordnung (EU) Nr. 1214/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums
ABl. L 316 vom 29.11.2011, S. 1-20

Geänderter Entwurf des Haushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012
Dok. 15376/11
Geänderter Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 für das Haushaltsjahr 2011
Dok. 15374/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates ("schwedischer Rahmenbeschluss")
Dok. 15277/11

2011/715/: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Lettland
ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 24-24

Schlussfolgerungen des Rates zur justiziellen Aus- und Fortbildung auf europäischer Ebene
Dok. 15690/11

Gemeinsame Erklärung zu einer Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Armenien
Dok. 14963/1/11 REV 1 + ADD 1

Erklärung der Europäischen Union anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
Dok. 15358/11

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 2/2011 – "Weiterverfolgung des Sonderberichts Nr. 1/2005 zur Verwaltung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)"
Dok. 15274/11

Verordnung (EU) Nr. 1083/2011 des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 194/2008 zur Verlängerung und Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar
ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 1-2

2011/706/GASP: Beschluss 2011/706/GASP des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Änderung des Beschlusses 2010/638/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea
ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 28-28

2011/705/GASP: Beschluss 2011/705/GASP des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/145/GASP zur Verlängerung von Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)
ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 27-27

Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union für die zehnte Tagung des Kooperationsrates EU–Usbekistan (Brüssel, 14. November 2011)
Dok. 15835/11

2011/768/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Australien nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union
ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 6-9

2011/767/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Neuseeland nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union
ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 2-5

2011/769/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Argentinischen Republik nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union
ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 10-12

2011/722/: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Standpunkt der Europäischen Union in dem mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Handelsausschuss hinsichtlich der Annahme der Geschäftsordnung des Handelsausschusses und der Aufstellung einer Liste mit 15 Schiedsrichtern
ABl. L 288 vom 5.11.2011, S. 16-22

Entwurf eines europäischen Pakts gegen synthetische Drogen
Dok. 15544/11

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3118. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 10. Oktober 2011 in Luxemburg Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (Text von Bedeutung für den EWR) (erste Lesung)	PE-CONS 34/11 + REV (sk)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der Kommission Nach Ansicht der Kommission können die Schwellenwerte für die Meldung von Transaktionen im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a und Informationen im Sinne von Artikel 8 Absatz 6 Buchstabe a nicht im Wege von Durchführungsrechtsakten festgelegt werden. Die Kommission wird gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur Festlegung solcher Schwellenwerte vorlegen.			
Erklärung des Rates Der EU-Gesetzgeber hat der Kommission gemäß Artikel 291 AEUV Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die in Artikel 8 vorgesehenen Maßnahmen übertragen. Dies ist für die Kommission trotz der Erklärung, die sie zu Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 6 Buchstabe a abgegeben hat, rechtsverbindlich.			
Europäisches Parlament/Rat/Kommission – Gemeinsame Erklärung zu Sanktionen Die Kommission wird ihre Bemühungen um Stärkung der Sanktionsregelungen im Finanzsektor fortsetzen und gedenkt, Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie die nationalen Sanktionsregelungen in konsistenter Weise im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gesetzgebungsinitiativen im Bereich der Finanzdienstleistungen gestärkt werden können. Bei den im Rahmen dieser Verordnung zu verhängenden Sanktionen wird den endgültigen Beschlüssen des Gesetzgebers zu den vorgenannten Vorschlägen der Kommission Rechnung getragen.			
Erklärung Irlands zu Artikel 18 (Sanktionen) Artikel 18 der Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiemarkts gibt Kriterien für die Einhaltung der Anwendung von Sanktionen vor, die über die anerkannten "wirksamen, abschreckenden und verhältnismäßigen" Kriterien hinausgehen. Irland hat deshalb Bedenken, dass die Bestimmungen von Artikel 18 sich nachteilig auf das gerichtliche Ermessen auf nationaler Ebene auswirken können. Irland weist insbesondere auf Erwägungsgrund 31 hin, nach dem die Anwendung von Sanktionen im Einklang mit den nationalen Vorschriften erfolgen sollte.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Beschluss Nr. 1104/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Regelung des Zugangs zum öffentlichen regulierten Dienst, der von dem weltweiten Satellitennavigationssystem bereitgestellt wird, das durch das Programm Galileo eingerichtet wurde	PE-CONS 40/11 + REV 1 (hu)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates zur Einbeziehung von Sicherheitsexperten aus den Mitgliedstaaten In Anbetracht der Sicherheitsaspekte im Zusammenhang mit dem öffentlichen regulierten Dienst (PRS) betont der Rat, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die Kommission bei der Vorbereitung, Ausarbeitung und Änderung von gemeinsamen PRS-Mindeststandards für die Aktualisierung des Anhangs des PRS-Beschlusses die zuständigen Sicherheitsexperten der Mitgliedstaaten konsultiert und deren Stellungnahme in vollem Umfang berücksichtigt. Der Rat hebt hervor, dass die Mitgliedstaaten beabsichtigen, die Vertreter ihrer jeweiligen nationalen Behörden in dem mit dem Kommissionsbeschluss 2009/334/EG eingerichteten GNSS-Sicherheitsausschuss als Experten für diesen Prozess zu benennen. Er unterstreicht außerdem den Standpunkt der Mitgliedstaaten, wonach die Empfehlungen dieser Experten an die Kommission soweit möglich im Konsens abgegeben werden sollten. Der Rat begrüßt die Absicht der Kommission, mit diesen Experten zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten. Der Rat bekräftigt, wie wichtig die genannten Konsultationen sind und dass die Kommission die Stellungnahme der Experten aus den Mitgliedstaaten in vollem Umfang berücksichtigen muss. Der Rat behält sich das Recht vor, die im Rahmen dieses PRS-Beschlusses vorgesehenen Optionen zu prüfen, insbesondere die Erhebung von Einwänden gegen die entsprechenden delegierten Rechtsakte.			
Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 26/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zu Entsprechungstabellen Die Kommission erinnert an ihre Zusage, dass sie im Interesse der Bürger, im Sinne einer besseren Rechtsetzung und einer größeren Rechtstransparenz sowie zur Unterstützung der Prüfung der Übereinstimmung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der EU dafür Sorge tragen wird, dass die Mitgliedstaaten Entsprechungstabellen aufstellen, die die von ihnen erlassenen Umsetzungsmaßnahmen mit der EU-Richtlinie verknüpfen, und der Kommission diese Tabellen im Rahmen der Umsetzung der Gesetzgebung der EU übermitteln. Die Kommission bedauert die fehlende Unterstützung für die Bestimmung in ihrem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, mit der die Erstellung von Entsprechungstabellen verbindlich vorgeschrieben werden sollte. Im Interesse einer Kompromisslösung und der umgehenden Annahme dieses Vorschlags ist die Kommission bereit, anstelle der im verfügbaren Teil enthaltenen verbindlichen Vorschrift über die Entsprechungstabellen einem einschlägigen Erwägungsgrund mit einer diesbezüglichen Aufforderung an die Mitgliedstaaten zuzustimmen. Der Standpunkt der Kommission in dieser Sache sollte aber nicht als Präzedenzfall verstanden werden. Die Kommission wird sich auch weiterhin bemühen, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat eine geeignete Lösung für diese horizontale institutionelle Frage zu finden. Erklärung Malτας Malta erkennt den Mehrwert, den die derzeit zur Annahme vorliegende Kompromissfassung einer Richtlinie über Rechte der Verbraucher bietet, an. Malta ist der Überzeugung, dass sie sowohl den Verbrauchern als auch den Händlern durch einen leichteren Zugang zu grenzüberschreitenden Märkten insgesamt zum Vorteil gereichen wird, und stimmt daher für die Richtlinie. Malta bedauert jedoch, dass die Richtlinie nicht auf alle Sektoren Anwendung finden wird, insbesondere nicht auf den Glücksspielsektor, der aus dem zur Annahme vorliegenden Entwurf ausgeklammert wurde. Zusammen mit der Aufhebung der Richtlinie 97/7/EG über Vertragsabschlüsse im Fernabsatz wird dies dazu führen, dass Online-Glücksspiele von den Verbraucherschutzvorschriften, die Vertragsabschlüsse im Fernabsatz regeln, nicht mehr erfasst werden. Die Aufhebung und ausbleibende Einführung harmonisierter Regeln in diesem Sektor liegen weder im Interesse der Verbraucher noch des Binnenmarkts. Da die Mitgliedstaaten diese Gelegenheit nicht ergreifen, um den Verbraucherschutz im Glücksspielsektor zu gewährleisten, sollte diese Frage nach Auffassung Malτας auf der Grundlage des Grünbuchs der Kommission über Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt weiter geprüft werden.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Spaniens Spanien lehnt die Annahme des konsolidierten Textes des Richtlinienvorschlags ab, da er den spanischen Verbrauchern – infolge des Grundsatzes der möglichst weitgehenden Harmonisierung, der für einen Großteil der in dem Richtlinienvorschlag enthaltenen Bestimmungen gilt – einige der ihnen in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften bereits zuerkannten Rechte entzieht. Durch den Grundsatz der möglichst weitgehenden Harmonisierung verlieren die Mitgliedstaaten ferner an Handlungsspielraum, wenn es darum geht, sich neuen Herausforderungen aufgrund sich auf dem Markt neu etablierender Geschäftsformen und damit neuer Formen des Vertragsabschlusses zu stellen, die beispielsweise in Bezug auf die vor Vertragsabschluss bereitzustellenden Informationen im Falle von Fernabsatzverträgen oder für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen andere bzw. strengere Anforderungen erfüllen müssten als im Richtlinienvorschlag vorgesehen. Bei dieser Art von Verträgen sind in der vorliegenden Fassung der Richtlinie, was die vor Vertragsabschluss bereitzustellenden Informationen betrifft, zwei verschiedene Regelungen vorgesehen, und zwar eine weitestgehend harmonisierte für die Händler, die Dienstleistungen in Spanien erbringen, aber nicht im Hoheitsgebiet des Landes niedergelassen sind, und eine zweite, die für die in Spanien niedergelassenen Händler andere und strengere Vorschriften beinhalten kann, was nach Auffassung Spaniens Wettbewerbsprobleme zwischen den Händlern aufwirft und bei den Verbrauchern Verwirrung auslösen kann. Dieses Problem verschärft sich noch dadurch, dass in einigen Fällen keine Übereinstimmung mit dem spanischen Zivilrecht gegeben ist. So ist in den spanischen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen, dass der Verbraucher, wenn der Händler die im Vertrag vorgesehene Frist für die Auslieferung der Ware nicht einhält, sich mit diesem in Verbindung setzen muss, um ihm eine zusätzliche Frist einzuräumen. Ferner wurde bei anderen Punkten, die Spanien besondere Schwierigkeiten bereiten, in dem Text des Vorsitzes keine angemessene Lösung gefunden, wie beispielsweise hinsichtlich der möglichen Heranziehung des Verbrauchers zur Haftung bei normalem Gebrauch der Ware während der Widerrufsfrist. Dies führt zu einer Senkung des Verbraucherschutzniveaus, wie es nicht nur in den spanischen Rechtsvorschriften, sondern auch in der geltenden Richtlinie – gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofs – vorgesehen ist, so dass dieser Ansatz nicht akzeptabel ist. Aus diesem Grund hat Spanien während der Beratungen immer wieder hervorgehoben, dass es notwendig ist, nach einer ausgewogenen Lösung zu suchen, damit der Verbraucher nur dann wegen des Gebrauchs der Ware zur Haftung herangezogen werden kann, wenn eine Beschädigung der Ware oder ein sichtbarer Verschleiß an der Ware vorliegt, für die bzw. den der Verbraucher verantwortlich ist. Schließlich wirft die neue Fassung des konsolidierten Textes ernsthafte Zweifel in Bezug auf die Möglichkeit auf, in ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften die Verpflichtung für Händler vorzusehen, telefonisch erreichbar zu sein und einen telefonischen Kundendienst anzubieten, und zwar jeweils kostenlos, wie es der Entwurf eines Gesetzes über den Kundendienst vorsieht, der derzeit im spanischen Parlament debattiert wird, da die Richtlinie in diesen Fällen nach dem Grundsatz der möglichst weitgehenden Harmonisierung lediglich sicherstellt, dass dem Verbraucher nicht mehr als der Grundtarif berechnet werden kann.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 1168/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	PE-CONS 37/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates Der Rat begrüßt die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die Entwicklung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Bereitschaft des Vereinigten Königreichs, sich an operativen Maßnahmen von Frontex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 zu beteiligen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten, bilaterale Vereinbarungen mit dem Vereinigten Königreich zu schließen, nach denen britischen Grenzschutzbeamten, die als Sonderberater an gemeinsamen Aktionen und anderen operativen Maßnahmen von Frontex teilnehmen, ein gleichwertiger Schutz in Bezug auf die zivil- und strafrechtliche Haftung gewährt wird wie abgestellten Beamten der Mitgliedstaaten. Erklärung der Kommission zur Überwachung von Rückführungsmaßnahmen Die Kommission verpflichtet sich, dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich über die Durchführung der Überwachung von Rückführungsmaßnahmen gemäß Artikel 9 Absatz 3 Bericht zu erstatten. Der Bericht wird sich auf alle einschlägigen Informationen stützen, die von der Agentur, ihrem Verwaltungsrat und dem mit dem Verordnungsentwurf eingesetzten Konsultationsforum bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, dass das Konsultationsforum gemäß Artikel 26a einen uneingeschränkten Zugang zu allen die Achtung der Grundrechte betreffenden Informationen hat. In dem Bericht wird insbesondere der Anwendung der objektiven und transparenten Kriterien Aufmerksamkeit gewidmet, die bei Rückführungsmaßnahmen der Frontex-Agentur eingehalten werden müssen. Der erste Jahresbericht sollte vor Ende 2012 vorgelegt werden.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zur Schaffung eines europäischen Grenzschutzsystems Die Kommission verpflichtet sich, binnen eines Jahres nach Annahme dieser Verordnung eine Durchführbarkeitsstudie in Bezug auf die Schaffung eines europäischen Grenzschutzsystems entsprechend den Vorgaben des Stockholmer Programms einzuleiten. Die Ergebnisse der Studie werden in die in Artikel 33 Absatz 2a dieser Verordnung vorgesehene Evaluierung einfließen. Zudem verpflichtet sich die Kommission zu prüfen, ob technische Änderungen der Verordnung Nr. 863/2007 – Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke – hinsichtlich der Verwendung der Bezeichnung "Europäische Grenzschutzteams" erforderlich sind.			
3120. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20./21. Oktober 2011 in Luxemburg			
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates hinsichtlich der Regeln für die Anwendung der fakultativen Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik	PE-CONS 36/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 429/73 des Rates mit besonderen Bestimmungen für die Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten unter die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 fallenden Waren mit Ursprung in der Türkei	PE-CONS 32/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik	PE-CONS 33/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik	PE-CONS 35/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Standpunkt (EU) Nr. 13/2011 des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates betreffend die Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer (vom Rat am 20. Oktober 2011 festgelegt)	12607/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates Der Rat begrüßt die Aussicht auf eine rasche Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer). Der Rat möchte jedoch betonen, dass der endgültige Text, der bezüglich Artikel 26 angenommen wird, dem künftigen Standpunkt des Rates zu delegierten Rechtsakten nicht vorgreift. Erklärung der Kommission Die Kommission gibt ihrer Besorgnis Ausdruck, dass die eingeschränkten Befugnisse, die ihre Mitgesetzgeber ihr erteilt haben, die Fähigkeit der EU, zu gewährleisten, dass künftige Maßnahmen der GFCM zur Überarbeitung oder Aktualisierung der internationalen Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen dieser Organisation rechtzeitig in EU-Recht umgesetzt werden, beeinträchtigen könnten. Daher wird die Kommission möglicherweise Änderungen dieser Verordnung vorschlagen, mit denen die Zahl der mittels delegierter Rechtsakte anzunehmenden Maßnahmen erhöht wird, falls die Umsetzung in EU-Recht durch das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zu Verzögerungen führt, welche die Fähigkeit der EU, ihre internationalen Verpflichtungen einzuhalten, in Frage stellen würden.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3121. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 27./28. Oktober 2011 in Luxemburg Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck Erklärung der Kommission Die Kommission beabsichtigt, diese Verordnung spätestens zum 31. Dezember 2013 zu überprüfen, speziell in Bezug auf die Möglichkeit der Einführung einer Allgemeinen Ausfuhrgenehmigung für geringwertige Sendungen. Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu geringwertigen Sendungen Diese Verordnung hat keine Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 erteilten nationalen allgemeinen Ausfuhrgenehmigungen für geringwertige Sendungen.	PE-CONS 38/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 1214/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Kommission erklären, dass die sehr spezifischen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG unbeschadet der Zulässigkeit künftiger vergleichbarer arbeitsrechtlicher Bestimmungen in anderen Zusammenhängen gelten.	PE-CONS 18/2/11 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Deutschlands Nach Auffassung Deutschlands sollte im Kontext der Überprüfung der Verordnung, die gemäß Artikel 26 des Verordnungsentwurfs vier Jahre nach deren Inkrafttreten stattzufinden hat, insbesondere erwogen werden, die von den Mitgliedstaaten nach Artikel 13 anzuerkennenden Verkehrsträger von mindestens einer Option auf mindestens zwei Optionen auszuweiten. Ziel der Verordnung ist die Erleichterung des grenzüberschreitenden Transports von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. Für die Mitgliedstaaten ist es daher wünschenswert, dass mehr als ein Verkehrsträger für den grenzüberschreitenden Transport von Euro-Bargeld zugelassen wird. Nach Überzeugung Deutschlands wäre es schwierig, das Ziel der Erleichterung des grenzüberschreitenden Transports von Euro-Bargeld zu erreichen, wenn jeder Mitgliedstaat nur einen Verkehrsträger gemäß den jeweiligen nationalen Vorschriften zulassen würde. Erklärung der Niederlande Die Niederlande unterstützen diesen Vorschlag, möchten jedoch auch den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass der Geltungsbereich der Verordnung in Zukunft auf alle EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt wird. Erklärung der Kommission Die Kommission macht es sich weiterhin zur Aufgabe, das gesamte einschlägige Fachwissen – gegebenenfalls einschließlich desjenigen der Sozialpartner – zu nutzen. Sie bedauert, dass das gemeinsame Verständnis von Übertragungen der Befugnis zum Erlass von Rechtsakten gemäß Artikel 290 AEUV in der Formulierung betreffend Konsultationen in Erwägungsgrund 20 nicht vollständig zum Ausdruck kommt.			
Ablehnung des geänderten Entwurfs des Haushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012	15376/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Geänderter Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 für das Haushaltsjahr 2011	15374/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: dagegen

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
3114. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 3. Oktober 2011 in Luxemburg	
Beschluss des Rates zur Festlegung des von der Europäischen Union im Ministerrat der Energiegemeinschaft zu vertretenden Standpunkts Dok. 14113/11	
Beschluss des Rates über die Genehmigung des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Südpazifik im Namen der Europäischen Union Dok. 8135/11 + REV 1 (lv)	
Beschluss des Rates über den Abschluss eines Protokolls über die Ausdehnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra auf zollrechtliche Sicherheitsmaßnahmen Dok. 17403/10 + COR 1 + COR 2 (it)	
Festlegung der Position der Europäischen Union im Hinblick auf die fünfte Tagung des Assoziationsrates EU-Chile Dok. 14566/11 + COR 1	
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 990/2011 des Rates vom 3. Oktober 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 Dok. 13949/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates "Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik" Dok. 14061/1/11 REV 1 + COR 1 + REV 2 (lv) + REV 3 (sl) Schlussfolgerungen "Bewältigung der demografischen Herausforderungen: Die institutionelle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben - Karriere und Familie miteinander in Einklang bringen" Dok. 14064/11 + COR 1 (cs) + COR 2 (de) + REV 1(it) 3115. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom 4. Oktober 2011 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zu fiskalpolitischen Ausstiegsstrategien Dok. 14849/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung Dok. 14536/11 3116. Tagung des Rates der Europäischen Union (<u>VERKEHR</u>, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) am 6. Oktober 2011 in Luxemburg Standpunkt der Europäischen Union für die 15. Tagung des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland (Justiz und Inneres) am 10./11. Oktober 2011 in Warschau und gemeinsame Maßnahmen im Hinblick auf visumfreie Kurzaufenthalte der russischen Bürger und der Bürger der Europäischen Union Dok. 15057/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament "Die EU und ihre Nachbarregionen: Ein neues Konzept für die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich" Dok. 14712/11 3117. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 10. Oktober 2011 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates "Wichtigste Ziele und Prioritäten der Europäischen Union für die 13. Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD XIII, Doha, Katar, 21. bis 26. April 2012) Dok. 15326/11 Standpunkt der Europäischen Union für die zwölfte Tagung des Kooperationsausschusses EU–Republik Moldau (Chisinau, 18. Oktober 2011) Dok. 15010/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Bosnien und Herzegowina Dok. 15294/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien Dok. 14991/1/11 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zu Libyen Dok. 14994/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen Dok. 14989/11 Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess Dok. 15016/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Iran Dok. 14995/11 3118. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 10. Oktober 2011 in Luxemburg 2011/679/: Beschluss des Rates vom 10. Oktober 2011 über den Abschluss des zwischen der Europäischen Union und der Republik Kap Verde vereinbarten Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen den beiden Vertragsparteien Dok. 9793/11 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1008/2011 des Rates vom 10. Oktober 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon mit Ursprung in der Volksrepublik China, ausgeweitet auf aus Thailand versandte Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon, ob als Ursprungserzeugnis Thailands angemeldet oder nicht, im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 Dok. 14189/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates "Vorbereitungen für die 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 17) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 7. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 7) (28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban, Südafrika)" Dok. 15353/11 Schlussfolgerungen des Rates "Bewertung des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft und Zukunftsperspektiven: Der Weg zu einem 7. Umweltaktionsprogramm" Dok. 15384/11 Schlussfolgerungen des Rates "Rio+20: Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Ökologisierung der Wirtschaft und eine bessere Politikgestaltung" Dok. 15388/11 Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts, der zur Auslegung von Artikel 17 Absatz 5 des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung von der Europäischen Union auf der 10. Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens (COP10) zu vertreten ist Dok. 14223/1/11 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates "Vorbereitung der zehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Cartagena de Indias (Kolumbien), 17. bis 21. Oktober 2011)" Dok. 15393/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
3119. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 11. Oktober 2011 in Luxemburg	
Durchführungsbeschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/344/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal Dok. 14653/11	UK: Enthaltung
Durchführungsbeschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Irland Dok. 14651/11	UK: Enthaltung
2011/714/: Beschluss des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banco de Portugal Dok. 13851/11	
Beschluss des Rates zur Annahme der allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Anhang VIII Artikel 11 und 12 des Statuts betreffend die Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen Dok. 12856/1/11 + REV 2 (mt)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schriftliches Verfahren vom 11. Oktober 2011 Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Sultanat Oman über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Sultanat Oman über den Überflug und die Stationierung von Seefernaufklärern der EUNAVFOR Dok. 15064/1/11 REV 1 Schriftliches Verfahren vom 13. Oktober 2011 2011/735/GASP: Beschluss 2011/735/GASP des Rates vom 14. November 2011 zur Änderung des Beschlusses 2011/273/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien Dok. 15022/11 + REV 1 (et) Verordnung (EU) Nr. 1011/2011 des Rates vom 13. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 442/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien Dok. 15029/11 + REV 1 (et) Schriftliches Verfahren vom 14. Oktober 2011 Beschluss 2011/752/GASP des Rates vom 24. November 2011 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO Dok. 14305/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Einseitige Erklärung Polens Polen hofft, dass die Verlängerung der Geltungsdauer des Haushalts der EULEX Kosovo um zwei Monate, durch die der Leiter der Mission in die Lage versetzt wird, nicht verwendete Finanzmittel auszugeben, es der Führung der Mission ermöglicht, die Einsatzmittel und Dienstleistungen zu beschaffen, die benötigt werden, um die Sicherheit und die Arbeitsbedingungen des Personals der EULEX Kosovo zu verbessern.	
Schriftliches Verfahren vom 17. Oktober 2011 2011/691/GASP: Beschluss 2011/691/GASP des Rates vom 17. Oktober 2011 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo Dok. 14828/11 3120. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20./21. Oktober 2011 in Luxemburg Verordnung (EU) Nr. 1071/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3448/80 über die Durchführung von Artikel 43 der Beitrittsakte von 1979 in Bezug auf die Handelsregelung für Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 3033/80 und (EWG) Nr. 3035/80 Dok. 14505/11 2011/710/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung NAT-I-9406 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union Dok. 9390/11 + COR 1 (fi) 2011/709/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 5735/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
OKTOBER 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass das Abkommen mit den Vereinigten Mexikanischen Staaten über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Union geschlossen wird. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Dieser Beschluss bildet keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Union und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die obengenannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Dieser Beschluss schafft weder neue Zuständigkeiten der Union im Zusammenhang mit externen Abkommen über Luftverkehrsdienste, noch berührt er die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten.

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über die Erneuerung des Protokolls zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit Guinea-Bissau aufzunehmen
Dok. 14211/1/11 REV 1

Verordnung (EU) Nr. 1106/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 57/2011 und (EG) Nr. 754/2009 in Bezug auf den Schutz der Art Heringshai, bestimmte TAC und bestimmte, für Deutschland und Irland geltende Beschränkungen des Fischereiaufwands
Dok. 14490/11

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, mit der Französischen Republik, die im Namen ihres Hoheitsgebiets Saint-Barthélemy handelt, eine Übereinkunft über die Anwendung der Rechtsvorschriften der Union über die Besteuerung von Zinserträgen und die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung in Bezug auf dieses Hoheitsgebiet auszuhandeln
Dok. 14971/11

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2011/738/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen Dok. 16198/10 2011/739/: Beschluss des Rates vom 20. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zur Änderung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen Dok. 16209/10 Verordnung (EU) Nr. 1048/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1763/2004 über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 15200/11 Durchführungsbeschluss 2011/698/GASP des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan Dok. 15184/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1049/2011 des Rates vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan Dok. 15185/11 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits Dok. 7770/11 + COR 1 (sv) + REV 1 (sl) Schriftliches Verfahren vom 21. Oktober 2011 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2011/430/GASP des Rates zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden Dok. 15658/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
3121. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 27./28. Oktober 2011 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates ("schwedischer Rahmenbeschluss") Dok. 15277/11 2011/715/: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Lettland Dok. 14526/11 Schlussfolgerungen des Rates zur justiziellen Aus- und Fortbildung auf europäischer Ebene Dok. 15690/11 Gemeinsame Erklärung zu einer Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Armenien Dok. 14963/1/11 REV 1 + ADD 1 Erklärung der Europäischen Union anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge Dok. 15358/11 Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 2/2011 – "Weiterverfolgung des Sonderberichts Nr. 1/2005 zur Verwaltung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)" Dok. 15274/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 1083/2011 des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 194/2008 zur Verlängerung und Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar Dok. 14604/11 2011/706/GASP: Beschluss 2011/706/GASP des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Änderung des Beschlusses 2010/638/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea Dok. 15474/11 2011/705/GASP: Beschluss 2011/705/GASP des Rates vom 27. Oktober 2011 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/145/GASP zur Verlängerung von Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 14361/11 Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union für die zehnte Tagung des Kooperationsrates EU–Usbekistan (Brüssel, 14. November 2011) Dok. 15835/11 2011/768/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Australien nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union Dok. 6603/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE OKTOBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2011/767/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Neuseeland nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union Dok. 6536/11 2011/769/EU: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Argentinischen Republik nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union Dok. 6609/11 2011/722/: Beschluss des Rates vom 27. Oktober 2011 über den Standpunkt der Europäischen Union in dem mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Handelsausschuss hinsichtlich der Annahme der Geschäftsordnung des Handelsausschusses und der Aufstellung einer Liste mit 15 Schiedsrichtern Dok. 14893/11 Entwurf eines europäischen Pakts gegen synthetische Drogen Dok. 15544/11	